

faden. Abschließend wurde im gleichen Zeitraum sowohl der Inhalt der AP-Dienste als auch der des dpa-Basisdienstes nach verschiedenen Kriterien analysiert. Ihren in der Einleitung postulierten Anspruch, mit dieser Arbeit einen Beitrag zur empirischen und auf die heutige Situation bezogenen Agenturforschung zu leisten, haben Wilke und Rosenberger erfüllt.

Der Versuch, die Unterschiede der Produkte der beiden so ungleichen Unternehmen mit wissenschaftlicher Akribie zu ergründen, hat überraschend zu einem signifikanten Ergebnis geführt. Es stellte sich nämlich folgendes heraus: die von AP verbreiteten Auslandsmeldungen wiesen einen höheren Nachrichtenwert auf als die Auslandsnachrichten, die dpa anbot. Dies führen die Autoren darauf zurück, daß die Nachrichtenauswahl bereits »vor Ort«, also nicht in den Redaktionszentralen der beiden Agenturen, geschieht. Mit dieser Vermutung haben sie durchaus recht, zumal zwischen den beiden Unternehmen große Unterschiede bestehen.

AP ist eine weltumspannende Agentur, die ihre Informationen unmittelbar am Ort der Geschehnisse mit einer Schar eigener, gut ausgebildeter Journalisten gewinnen kann. Ihr weitverzweigtes Korrespondentennetz wird von dem großen Kundenkreis finanziert, den diese Agentur in allen Teilen der Welt hat. Die Deutsche Presse-Agentur dagegen muß die Beschaffung ihrer Auslandsmeldungen in der Hauptsache aus den Einnahmen des deutschen Medienmarktes finanzieren. Wie die Studie nachweist, geht dies offenbar zu Lasten der Qualität der Auslandsberichterstattung.

HANSJOACHIM HÖHNE, Bonn

Jürgen Bermes: *Der Streit um die Presse-Selbstkontrolle: Der Deutsche Presserat*. Eine Untersuchung zur Arbeit und Reform des Selbstkontrollorgans der bundesdeutschen Presse. – Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1991 (= Nomos Universitätsschriften/Medien, Bd. 2), 464 Seiten.

An den Anfang seiner hier vorliegenden Dissertation stellt Bermes ein Kapitel zum Thema Pressemoral, in dem er auch die Ansichten der Kom-

munikationswissenschaftler, die sich dazu geäußert haben, eingehend behandelt. Bereits hier äußert er Kritik an der Haltung der Verleger, die Journalisten in ihrem Verhalten insoweit beeinflussen, als für sie Pressefreiheit »der Titel für die öffentliche Sanktionierung ihrer unternehmerischen Aktivitäten« ist. Das unterschiedliche Berufsethos beider Gruppen hat die verbandspolitische Einstellung zur Selbstkontrollenrichtung der Presse geprägt.

In der an das Einleitungskapitel anschließenden chronologisch ablaufenden Darstellung folgt Bermes der Tätigkeit des Presserates von der Gründung 1956 über die Phase der Inaktivität 1981–1985/86 bis zu den ersten Entscheidungen nach seiner Reform. Alle wichtigen Beschlüsse, vor allem aber die internen Spannungen, werden gründlich dargestellt. Deutlich herausgearbeitet hat Bermes den gegenüber den Anfangsjahren verlagerten Schwerpunkt der Tätigkeit des Presserates vom medienpolitischen und -wirtschaftlichen Bereich sehr eingeschränkt auf medienethische Fragen. Viele aufschlußreiche Details hat er zusammengetragen über die Machtkämpfe innerhalb der journalistischen Berufsvertretungen, die er sehr kritisch beurteilt. Letztlich haben die Erfahrungen in diesen Konfliktsituationen dazu geführt, daß der DJV sich nicht der IG Medien angeschlossen hat. Da Bermes hier offensichtlich aufgeschlossene Gesprächspartner und ergiebige Quellen zur Verfügung standen, entsteht der gewiß unrichtige Eindruck, als habe die Verlegerseite in ihrem Urteil, ob eine Presse-selbstkontrolle sinnvoll sei, eine größere Geschlossenheit aufgewiesen.

Über die Tätigkeit, die der Presserat nach seiner Reform seit 1986 bis zum Abschluß der Dissertation im Jahre 1989 entwickelt hat, äußert sich Bermes zurückhaltend positiv. Angesichts wachsender wirtschaftlicher Konkurrenz rechnet er mit einer Zunahme der Verstöße gegen die Grundsätze journalistischer Berufsmoral, denn sie seien systembedingt. Deshalb konnte sich in weiten Bereichen der Bevölkerung auch die falsche Vorstellung entwickeln, als hätten die bei der Boulevard-Presse und den Illustrierten tätigen Journalisten kein Gefühl für journalistische Ethik.

In seinem »Schlußwort« greift Bermes Überlegungen auf, ob eine Selbstkontrollenrichtung

in Form eines Medienrates nicht auch für die elektronischen Medien sinnvoll und notwendig sei. Da ebenso wie bei der Presse kaum damit zu rechnen ist, daß ein solches Gremium in wirtschaftlichen Fragen Gehör finden würde, wäre seine Tätigkeit mit Sicherheit auf das enge Feld der Berufsmoral beschränkt.

Um die Probleme in der Arbeit des Deutschen Presserates besser bewerten zu können, hat Bermes einen Exkurs über »The Press Council« in Großbritannien und »Pressens Opinionsnäm« in Schweden eingeschoben. Vorbilder und Modell lassen sich jedoch nicht so leicht in andere historische, medienwirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse übertragen.

Kleine Schönheitsfehler einer sorgfältig vorbereiteten und anregenden Darstellung: Es wäre vermeidbar gewesen, in einem 1991 erschienenen Buch zu schreiben, die Gründung der IG Medien seit »für 1989 geplant«. Außerdem wird sich Erich Brost freuen zu lesen, er sei »Alleinhaber« der »Westdeutschen Allgemeinen Zeitung«, er ist es nur leider nicht.

GEORG HELBACK, Bonn

*Informationsquellen bei psychologischen Themen.* Anlaufstellen für journalistische Recherchen, zusammengestellt und kommentiert von Peter Fiesel. – Berlin 1989: Freie Universität Berlin / Fachbereich Kommunikationswissenschaften 1989 (= Projekt Recherchefeld Wissenschaft / pre-print, Heft 7), III, 85 Seiten.

In den letzten Jahren hat das Interesse der Öffentlichkeit und der Medien an psychosozialen Themen und Problemen fühlbar zugenommen. Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, wenn jemand die wissenschaftsjournalistische Recherche und Berichterstattung in diesem Bereich durch eine Auflistung der fachlichen Anlaufstellen und Ansprechpartner unterstützen will. Bisher konnte der Informationssuchende nur auf das von Horst Wilhelm herausgegebene »Informationshandbuch Psychologie« (Frankfurt/Main 1987) zurückgreifen, das allerdings vorrangig die Fragen von Psychologiestudenten aufgreift.

Das anzuzeigende Typoskript, das aus dem

Projekt »Recherchefeld Wissenschaft« an der FU Berlin hervorgegangen ist, nennt in sparsam kommentierter Weise die universitären und außeruniversitären Einrichtungen der psychologischen Forschung, es führt die psychologischen Standesorganisationen auf, erfaßt die Fachvereinigungen und -verbände der Psychologie und gibt die Adressen der einschlägigen Einrichtungen der psychosozialen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland wieder. Ein Stichwort-, Namen- und Ortsregister erschließt den Inhalt. Da diese Broschüre noch vor der deutschen Vereinigung entstanden ist, sind die »neuen« Bundesländer unberücksichtigt geblieben.

Wie kaum anders zu erwarten, ist auch diese Adressenzusammenstellung nicht vollständig. Ohne beckmesserisch sein zu wollen: es fehlen Einrichtungen wie die »Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren«, Hamm, oder die »Christoph Dornier-Stiftung für Klinische Psychologie«, Marburg. Kritikwürdiger als solche Lücken sind Ausparungen und Inkonsistenzen anderer Art. So werden zwar die wichtigsten psychologischen Fachzeitschriften benannt, aber die Redaktionsadressen bleiben ein wohlgehütetes Geheimnis. Dennoch ist diese Zusammenstellung ein nützlicher Wegweiser für die wissenschaftsjournalistische und publizistische Arbeit. Eine wünschenswerte Neuauflage hätte die Adressen aus den ostdeutschen Bundesländern zu berücksichtigen. REMBERT UNTERSTELL, Marburg

Gerhard Schneider (Hrsg.): *Kurhannover im Zeichen der Französischen Revolution.* Personen und Ereignisse. – Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1990 (= Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, Bd. 1), 214 Seiten.

Wie der Herausgeber mitteilt, ist das Buch aus einem Seminar hervorgegangen und beruht auf Archivstudien der Autoren. Der Band enthält zwei Aufsätze von Gerhard Schneider – ein einleitendes Kapitel, das den Forschungsstand im Jubiläumsjahr der Französischen Revolution resümiert, und einen Aufsatz über die politische Lyrik des Hofgerichtsassessors von Düring – sowie sechs studentische Beiträge, die das öffent-